

Gründet
1877.

Die Tagesausgabe
ist wertvoll
im Bezirk Nagold und
Nagold-Bezirk
Nr. 1.95
außerhalb Nr. 1.95.

Die Wochenausgabe
(Schwarzwälder
Sonntagsblatt)
kostet wertvoll
Nr. 1.95.



Fernsprecher
Nr. 11.

Anzeigenpreis
bei einmaliger Ein-
drückung 10 Bg. die
einseitige Zeile;
bei Wiederholungen
entsprechender Rabatt.

Belagen 16 Bg.
die Textzeile.

Tageszeitung für die Oberamtsbezirke Nagold, Freudenstadt und Calw. :: Mit der Wochen-Ausgabe „Schwarzwälder Sonntagsblatt.“

Nr. 79.

Ausgabe in Altensteig-Stadt.

Dienstag, den 4. April.

Amtsblatt für Pfalzgrafenmeller.

1911.

Tagespolitik.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. April.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Reichsbesteuerungsgesetzes. Abg. Ahlhorn (Fortschritt. Bpt.) befragt einen Abänderungsantrag auf erweiterte Berechnung der Entschädigungspflicht des Reichs an die Gemeinden. Staatssekretär Bermuth: Der Entwurf ist den Interessen der Gemeinden außerordentlich entgegengekommen. Ich bitte, den Abänderungsantrag anzunehmen. Hierauf wird die Vorlage unter Annahme des Abänderungsantrags in dritter Lesung angenommen. Das Haus beginnt die dritte Lesung des Etats. Es findet zunächst eine Generaldiskussion statt, bei der Ledebour (Soz.) bei den wachsenden Aufgaben des Hauses eine Abänderung des Diätengesetzes wünscht. Er kommt dann auf die Rede des Reichskanzlers zu sprechen und tritt anlässlich des bevorstehenden schweren Konkurrenzkampfes zwischen Amerika und Europa für die Einschränkung der Rüstungsausgaben ein. Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdebatte werden ohne Erörterung erledigt die Etats des Reichstags, des Reichskanzlers und der Reichsfinanzverwaltung. Beim Etat des Auswärtigen Amtes sagt Abg. Dr. Defer (Fortschr. Bpt.) über die Benachteiligung der Handelsreise durch die Nachfrantatur der von den Konsulaten erstatteten Antwortschreiben. Abg. Defer (Fortschr. Bpt.) befragt sodann einen Antrag auf Einstellung eines Vertrags in den Etat, mit dem die deutschen Generalkonsulate und Konsulate die Postkosten für die amtliche Korrespondenz mit Privaten bestreiten sollen. Hermann-Bremen (Fortschritt. Bpt.) stellt fest, daß die Handhabung des Auswanderungsgesetzes, namentlich in gesundheitspolizeilicher Hinsicht, sich durchaus bewährt habe. Abg. Dr. David (Soz.) tritt dem gegenüber. Staatssekretär v. Aderken-Wächter: Ich bin beauftragt, im Namen des Reichskanzlers zu betonen, daß die Frage der Fremdenpolizei ausschließlich Sache der Bundesstaaten ist. Ein Reichsgesetz über die Fremdenpolizei haben wir nicht. In der fortgesetzten Debatte wünscht Abg. Dove (Fortschr. Bpt.) eine reichsgesetzliche Regelung der Fremdenpolizei. Abg. Prinz Schönau-Carola: Die Reichsbehörden sollten der Frage der Schiedsgerichte freundlicher gegenüberstehen. Abg. Dr. Stresemann (natl.): Wir stimmen der Resolution Abt. auf Postfreiheit für Konsulatsbriefe bei. Damit schließt die Debatte. Die Resolution Abt. wird angenommen. Nach weiterer Debatte wird der Etat des Auswärtigen Amtes bewilligt. Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern. Abg. Hengsbach (Soz.) begründet eine Resolution seiner Partei auf Regelung der Bundesratsverordnung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustrie sowie eine weitere Resolution der Sozialdemokraten betreffend Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, in dem die Verhältnisse der für die industriellen Werke bestehenden Pensionsklassen für das ganze Reich einheitlich geregelt werden. v. Gamp (Reichsp.): Es kann nicht bestritten werden, daß sich die Lage der Arbeiter in den letzten Jahrzehnten wesentlich gebessert hat. Staatssekretär Delbrück: Eine gesetzliche Regelung bezüglich der Pensionsklassen ist gegenwärtig nicht angängig, da zunächst die Privatbeamtenversicherung abzuwarten ist. In Bezug auf die Verhältnisse in der schweren Eisenindustrie hat die Bundesratsverordnung bereits gute Wirkungen gezeigt. Im Laufe der Debatte befragt Abg. Giesberts (Btr.) eine Resolution auf Vorlegung einer Denkschrift über die Wirkung der Bundesratsverordnung für die Groß-Eisenindustrie. Die Resolution Giesberts wird angenommen. Die Resolutionen der Sozialdemokraten werden abgelehnt. Bei Titel „Bebung des Kaliabfatzes“ begründet Abg. Dr. Arendt (Bp.) einen von allen Parteien unterstützten Antrag, zur Förderung von tropischen und subtropischen Kulturen in den deutschen Kolonien den Betrag von 100 000 auf 200 000 Mark zu erhöhen. Der Antrag wird an-

genommen. Nach weiterer Debatte wird der Etat des Reichsamts des Innern bewilligt, die noch ausstehenden Resolutionen werden angenommen. Nächste Sitzung morgen: Fortsetzung der Etatsberatung.

Landesnachrichten.

Altensteig, 4. April.

* Bei den vorgestern weiter abgehaltenen Blumenfesten wurden wieder schöne Erlöse erzielt. In Rottweil aus ca. 22 000 Resten und 300 Karten ca. 3000 Mark, an freiwilligen Spenden gingen dort ein 5362 Mark, davon 5000 Mk. von der Pulverfabrik. In Liebenzell wurden erlöst 600 Mark, in Rottenburg aus 16 000 Resten und 4000 Karten 2700 Mark. In Friedrichshafen wurden 28 000 Resten und viele Tausend Postkarten abgesetzt.

r. Bernau, 3. April. Gestern wurden hier 8 Mädchen konfirmiert; die 4 Knaben dieses Jahrgangs sind alle im zarten Alter gestorben.

* Oberndorf, 3. April. Die Waffenfabrik Hauser hat, da die Lieferung von 32 000 Stück Gewehren für Serbien abgeschlossen ist, und neue größere Aufträge nicht vorliegen, bereits etwa 1000 Arbeiter entlassen müssen. Nach der Lokalzeitung wird sich Direktor Hauser zur Erlangung weiterer Aufträge nach Konstantinopel begeben.

* Oberndorf, 1. April. Auf dem hiesigen Rathaus fanden Verhandlungen statt in einer Entschädigungsfrage, welche der hiesige Fischzüchter Hofer gegen die Wasserversorgungsgruppe des kleinen Heubergs angestrengt hat. Letztere bezieht ihr Wasser zum guten Teil aus dem zwischen hier und Aistaig gelegenen Lauterbach, wo sich auch die Hoferischen Fischzuchtanstalten befinden. Bei den Wasserleitungsarbeiten ist das Wasser des Hoferischen Betriebes derart verunreinigt worden, daß ihm durch Eingehen der besten Fischforellen während der länger dauernden Bauzeit ein zu vielen Tausenden geschätzter Schaden erwuchs. Ueber die Berechtigung desselben wird das Landgericht Rottweil entscheiden.

* Tübingen, 3. April. Das 2 Jahre alte Kind des Maurermeisters Müller in Lustman ist in ein Regenwasserfaß gefallen und ertrunken, bevor Hilfe gebracht werden konnte.

|| Tübingen, 3. April. Der am 22. März von einem Hotelwagen überfahrene 7jährige Knabe des Dienstknechts Mühlberger ist gestern den bei dem Unfall erlittenen Verletzungen erlegen.

|| Stuttgart, 3. April. Der Finanzausschuß trat heute in die Beratung der Gehaltsordnung ein. Berichterstatter ist Abg. Piesching. Auf Anregung des Vorsitzenden von Kiene wurde ohne Widerspruch beschlossen, zwei Lesungen vorzunehmen und die Beratungen als vertrauliche ohne Berichterstattung in der Presse zu behandeln, bis endgültige Gesamtbeschlüsse über die ganze Vorlage gefaßt sind. Es werden sonach bis auf Weiteres keine Mitteilungen in der Presse über die Ausschüßberatungen erfolgen.

|| Stuttgart, 3. März. Mit Schreiben des Staatsministers der Finanzen vom 3. April ds. Jrs. ist dem Präsidium der Zweiten Kammer ein zweiter Nachtrag zu dem Entwurf des Hauptfinanzetats 1911/12, in dem für die Ausführung von Kostensarbeiten zum Zwecke der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für notleidende Beigärtner 300 000 Mark gefordert werden, zur verfassungsmäßigen Behandlung zugegangen.

|| Stuttgart, 3. April. Oberbürgermeister a. D. von Gauß wurde gestern vormittag vom König in Audienz empfangen. Der König verlieh dem scheidenden Oberbürgermeister das Kommenturkreuz des Ordens der württembergischen Krone.

|| Cannstatt, 3. April. Die neuen Güterwagen. Nach den Beschlüssen des Güterwagenausschusses des deutschen Staatsbahnwagenverbandes sollen künftighin die neuen Güterwagen nach einheitlichem Muster beschafft werden. Als Anstrich

In Büttich wurden auch in diesem Winter wieder deutsche Sprachkurse mit bestem Erfolge ins Leben gerufen. Sehr bemerkenswert ist, daß ein Vollblutbelgier französischer Muttersprache, Dr. Adolphe Corin, der das Deutsche völlig beherrscht, die Leitung der Kurse übernahm. Er beschäftigt sich bei ihrer Eröffnung mit der Frage des Wertes der deutschen Sprache für seine belgischen Landsleute und kam nach den Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland zu folgenden bedeutungsvollen Schlussfolgerungen: In Belgien betrachte man oft Deutschland als eine alles aufsaugende Großmacht, die die erste Gelegenheit benutzte, um Belgien zu verschlingen. Diese Wahnidee, daß unsere Unabhängigkeit durch unseren großen östlichen Nachbar bedroht sein könne, sollte man sich aus dem Sinn schlagen: Deutschland fände darin keinen Vorteil, werde es also nicht tun; die Geschichte (siebziger Krieg) lehre uns übrigens bereits darüber. Eine Tatsache sei aber anzuerkennen, daß in Belgien der deutsche Einfluß eine ebenbürtige Stellung neben dem französischen eingenommen habe, daß dieser Einfluß seit einigen Jahren zu einem „herzlichen Einverständnis“ geworden, „das ebenso gut auf dem Verstand wie auf dem Gefühl begründet sei, und zu gleicher Zeit einen politischen und ökonomischen Charakter besitze“. Man solle diese Sachlage dankbar annehmen und in dem Sinne handeln, daß der Belgier weder ein Franzose, noch ein Deutscher, weder Franzosenfeind, noch Deutschenfeind sei. Davon müsse der Belgier überzeugt sein, wenn er die Frage, ob die deutsche Sprache ihm irgendwie nützlich sein könnte, unparteiisch beantworten wolle. Die Antwort müsse lauten: Nützlich? Geradezu unentbehrlich ist die Kenntnis des Deutschen für uns, denn: Erstens: Deutschland ist unser größter Kunde. Will man seine Interessen gehörig pflegen, so soll man seine Geschäfte selbst mit seinen Kunden abschließen, als Vorbedingung aber muß man deren Sprache kennen. Zweitens: Es ist eine nationale Pflicht, unsere dritte Landessprache zu erlernen. Drittens: Notwendig ist die deutsche Sprache auf wissenschaftlichen Gebieten für jeden, der auf der Höhe geistiger Kultur bleiben will.“



